



Ajatlollah Chomeini, Schützling Banisadr 1980: „20 Jahre habe ich an ihn geglaubt“

wohl Handel und Wirtschaft doch praktisch zusammengebrochen sind?

**BANISADR:** Wie haben denn die Deutschen den Krieg durchgestanden? Auf jeden Fall ist es die Hölle.

**SPIEGEL:** Als Sie am Mittwoch früh der Hölle entkamen und in Paris aus dem Flugzeug stiegen, hat man bei Ihnen eigentlich nur *eine* Veränderung festgestellt: Ihr Schnurrbart war ab. Stimmt es, daß Sie als Frau verkleidet Ihre Heimat verlassen haben?

**BANISADR:** Nein, ich habe meine Heimat wie ein Soldat verlassen — in Uniform.

**SPIEGEL:** Herr Banisadr, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

## USA/ISRAEL

### Verrückter Allierter

**Menachem Begin bombardiert in Nahost, ignoriert amerikanische Interessen und versucht, die US-Politik zu beeinflussen. Ergebnis: Die traditionelle Freundschaft beider Staaten ist belastet wie nie zuvor.**

Die Wahlniederlage im vorigen November erschütterte Jimmy Carter, aber sie erlöste ihn von einem Übel: von Menachem Begin. Den israelischen Premier, so bekannte damals der geschlagene US-Präsident, reiche er gern an seinen Nachfolger weiter.

Nun hat Ronald Reagan die Plage am Hals, und der starrköpfige Israeli treibt es schlimmer denn je mit der amerikanischen Schutzmacht:

▷ Begin schickt seine Luftwaffe zum Angriff auf Bagdads Reaktor, während Reagans Außenminister Alexander Haig eine strategische Allianz

von Israelis und Arabern gegen Moskau zu zimmern bemüht ist;

▷ Begin läßt das Zentrum von Beirut bombardieren, während Reagans Sonderbotschafter Philip Habib den Ausbruch eines neuen Nahostkriegs zu verhindern sucht;

▷ Begin treibt die jüdische Besiedlung Westjordaniens voran, während die Reagan-Regierung den Besuch von Ägyptens Präsident Sadat vorbereitet, bei dem über den Fortgang der Camp-David-Lösung verhandelt werden soll.

„Es ist unumgänglich, daß wir unsere Beziehungen zu Israel neu definieren“, fordert der frühere stellvertretende Außenminister George W. Ball. Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater und Falke aus der Carter-Ära, nennt den Angriff auf Beirut „im Endeffekt terroristisch“. Der Kolumnist William Raspberry erschrickt über Begin: „Wir haben einen Verrückten zum Alliierten.“

Der Alliierte beißt die Hand, die ihn füttert: Allein in diesem Jahr erhält sein Staat amerikanische Hilfe im Wert von rund 2,2 Milliarden Dollar. Nach dem sendungsbewußten Moslem Chomeini, so scheint es manchmal, behandelt nun der sendungsbewußte Jude Begin die westliche Supermacht wie einen Bananenstaat. „Der israelische Schwanz“, so ein Washingtoner Radio-Kommentator, „wedelt mit dem amerikanischen Hund.“

Zudem erschüttern Fernsehbilder vom selbstgerecht dozierenden Eiferer Begin und von toten Kindern in Beirut das Klischee von den „guten“ Israelis und den „bösen“ Arabern.

36 Prozent der Amerikaner, so ergab eine „Newsweek“-Umfrage, haben in den letzten zwölf Monaten ihre Meinung über Israel in negativer Richtung

## DER SPIEGEL – ein Lexikon der Zeitgeschichte

Es gibt kein ergiebigeres Nachschlagewerk zur jüngeren Geschichte als eine SPIEGEL-Sammlung. Die dazugehörigen Jahres-Register helfen bei der Suche nach Personen, Ereignissen, Daten und Fakten.



Wer auch morgen die Facts von heute parat haben will, kann aus SPIEGEL-Heften mit **Einbanddecken** ein Lexikon machen.

Für einen SPIEGEL-Jahrgang sind vier Einbanddecken erforderlich. Preis DM 7,- pro Einbanddecke (inkl. Mehrwertsteuer).

Die Einbanddecken haben je nach Heftumfang verschiedene Rückenbreiten, daher bei Bestellung bitte exakt angeben, für welche Jahresquartale Einbanddecken gewünscht werden.

Versand gegen Vorkasse, im Inland portofrei.

Überweisungen mit genauem Bestellvermerk bitte auf Postscheckkonto Hamburg 7137-200 (BLZ 200 100 20).

**SPIEGEL-Verlag**  
Vertriebsabteilung  
Postfach 1104 20, 2 Hamburg 11

geändert. Die Hälfte der US-Bürger verurteilt die Bombardierung von PLO-Zielen in Beirut (31 Prozent zeigen Verständnis), 57 Prozent wollen, daß Washington auf Jerusalem verstärkten Druck ausübt, damit im Nahen Osten eine Kompromißlösung zustande kommt.

Ronald Reagan folgt der Stimme seines Volkes — widerstrebend und verstört, wie Insider sagen, denn das Wahlkampfengagement für Israel war dem konservativen Republikaner Herzenssache. Erst auf dringenden Rat seiner wichtigsten Mitarbeiter verschob der Präsident die Lieferung von vier F-16-Flugzeugen an Jerusalem, wofür ihm 61 Prozent der US-Bürger Beifall zollen.

Die Entscheidung ist nicht mehr als eine Geste, doch sie signalisiert einen Einschnitt in den Beziehungen zwischen den USA und dem Judenstaat: Denn zwar waren früher schon Ersatzteillieferungen und Termine für Verhandlungen über Waffen verzögert worden, nie aber Transporte von bereits gekauftem Kriegsgüter.

Im Kongreß sammelten denn auch gleich Abgeordnete aus dem von vielen Juden bewohnten Bundesstaat New York Unterschriften gegen die F-16-Entscheidung der Administration. Einer von ihnen, der Republikaner Jack Kemp, erklärte den Angriff auf die Bagdader Kernanlage: „Heimlich atmen sogar Israels (arabische) Kritiker darüber auf.“ Doch angesichts der Bomben auf Beirut formierte sich eine Gegenbewegung.

„Wir müssen“, forderte der republikanische Abgeordnete Paul McCloskey aus Kalifornien, „die Tendenz der amerikanischen jüdischen Gemeinde überwinden, die Aktionen des Kongresses zu kontrollieren“ und den Präsidenten zu zwingen, im Nahen Osten „nicht unparteiisch zu entscheiden“.

Der Veteran unter den US-Publizisten, James Reston, wettete gegen jene, welche die „nationalen Interessen Israels gleichsetzen mit den weltpolitischen Interessen der USA“ und schon die Infragestellung von Begins Bombenangriffen auf Bagdad und Beirut als „Antisemitismus“ anschwärzen.

Quälende Fragen über Israels Aktionen stellen sich neuerdings sogar die Treuesten der Treuen. Paul Tsongas, demokratischer Senator aus Massachusetts mit „Abstimmungsbilanz hundert Prozent pro Israel“, hilft sich so aus der Klemme: Er mache „einen Unterschied zwischen dem Staat Israel und Premier Menachem Begin“. Mitarbeiter des Weißen Hauses äußern sich im gleichen Sinne.

Das beunruhigt Amerikas jüdische Organisationen. „Dieser Unterschied zwischen dem Land und dem Regierungschef“, so Hyman Bookbinder vom American Jewish Committee, „ist vor Begins Amtszeit nie gemacht worden.“

Das stimmt, aber Ärger zwischen den Vereinigten Staaten und Israel hat es häufig gegeben:

1956 annektierten die Israelis im Suezkrieg Ägyptens Sinai-Halbinsel. Der damalige US-Präsident Eisenhower forderte die kriegstüchtigen Juden mit rüden Drohungen über den Abbruch von Militär- und Wirtschaftshilfe zum Rückzug auf. „Das war das letzte Mal“, urteilt Nahost-Kenner Ball, „daß ein amerikanischer Präsident Klugheit und politischen Mut bewies“ angesichts „gefährlicher Abenteuer“ der Israelis.

Die begannen Anfang der 60er Jahre ihre Nuklearindustrie aufzubauen, griffen im Juni 1967 Ägypten an — ohne ihren amerikanischen Mentoren auch nur einen Wink zu geben. Washington war verärgert. Sechs Jahre später mußte es den Freunden mit einer Luft-



US-Präsident Reagan, Nahost-Unterhändler

brücke zu Hilfe eilen, als die Ägypter überraschend zuschlugen und die Israelis an den Rand einer Niederlage gerieten.

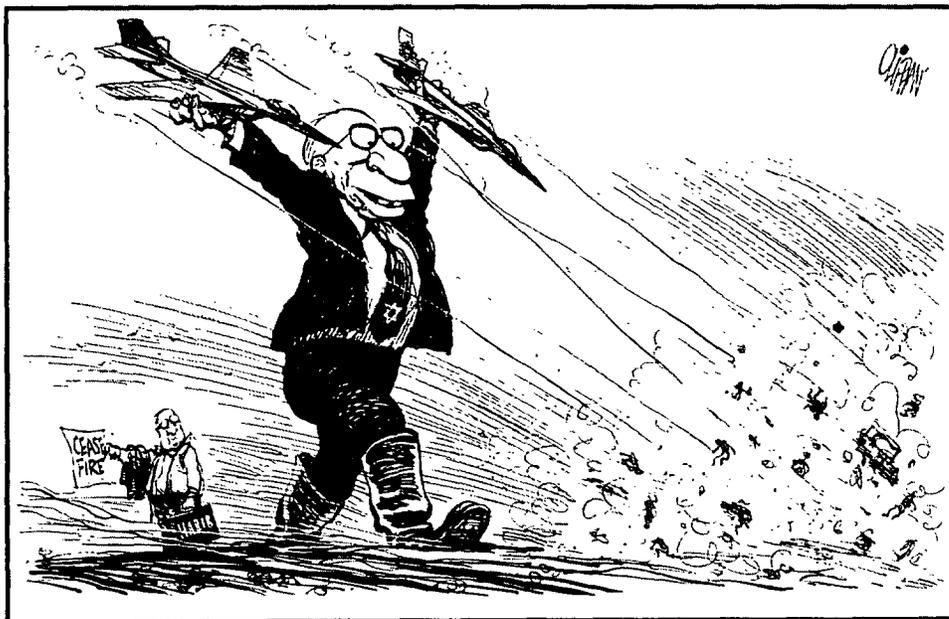
Senator Charles Percy, heute Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im US-Senat, warnte 1975: „Israel macht einen Fehler, wenn es annimmt, die Vereinigten Staaten seien selbstverständlich immer für Israel, gleich, ob es im Recht ist oder im Unrecht.“

Menachem Begin glaubt, sein Land sei immer im Recht. Er ist von den bisherigen Israel-Premiers der schwierigste Partner für die Amerikaner. Denn ihm gilt die Bibel als Grundbuch:

Westjordanien, „Judäa und Samaria“, wie Begin so sagen pflegt, soll auf ewig jüdisches Land sein. Deshalb läßt er dort siedeln wie nie zuvor eine israelische Regierung — und reduziert damit das Camp-David-Abkommen von einem umfassenden Lösungsmodell zu einem Separatfrieden mit Ägypten.

Viele Amerikaner finden diese Politik unfair gegenüber Sadat, dessen mutige Reise nach Jerusalem im November 1977 erstmalig Friedenshoffnungen für den Nahen Osten geweckt hatte. Richtig aufgeschreckt wurden die US-Bürger aber erst durch Begins Angriff auf die Reaktoranlage bei Bagdad, denn so wenige Tage vor den israelischen Wahlen mutete die Aktion fatal wie ein innenpolitisches Manöver an.

Die US-Regierung jedoch liefert Waffen ausschließlich zu Israels Verteidigung. Washington geriet zudem in den Verdacht der Komplizenschaft mit Jerusalem, weil Israels F-16-Flugzeuge



Amerikanische Anti-Begin-Karikatur: „Im Endeffekt terroristisch“

The Washington Star



**Habib:** „Gefährliches Abenteuer“

Saudi-Arabien überflogen, wo amerikanische Awacs-Aufklärungsflugzeuge stationiert sind. Die entdeckten die israelischen Maschinen nicht, und nun fordert Saudi-Arabien verstärkt Awacs für die eigene Luftwaffe. Begin hat Protest eingelegt. Der nächste Konflikt ist vorprogrammiert.

Nach dem Irak-Angriff schon hatten die Amerikaner die anstehende Auslieferung von vier F-16 an Israel verschoben. Just an dem Tage, an dem dann die Maschinen freigegeben werden sollten, ließ Begin gegen Beirut fliegen. Dort starben über 300 Menschen unter dem Bombenhagel, überwiegend libanesischen Zivilisten.

„Ich habe den Bombenangriff im Irak gutgeheißen“, bekannte der jüdische Politiker Meyer Berger gegenüber der „Washington Post“, „aber das ist sinnlos, ethisch falsch, politisch falsch.“

In Reagans Kabinett machte sich besonders Verteidigungsminister Caspar Weinberger für Sanktionen gegen Begin stark: Der Israeli erfuhr innerhalb von Stunden davon und griff Weinberger, einen persönlichen Freund Reagans, heftig an — offenbar ein Fehler.

„Das Spektakel, daß ein ausländischer Regierungschef einen von Reagans Ministern attackiert, weil er in einer Sicherheitsratsitzung dem Präsidenten einen Rat gibt“, schrieben die konservativen Kommentatoren Rowland Evans und Robert Novak, „ist im Weißen Haus nicht gut angekommen.“

Dem israelkritischen Weinberger stellte Begin den israelfreundlichen Alexander Haig als leuchtendes Beispiel

gegenüber. Der Außenminister zeigt mehr Verständnis für Jerusalem.

Vorige Woche setzte Haig durch, daß der US-Botschafter in Saudi-Arabien, Robert Neumann, seinen Abschied einreichte. Neumann hatte sein Land als Botschafter in Marokko und Afghanistan vertreten und die Abteilung Außenpolitik in Reagans Übergangsteam geleitet. Er ist ein Vertrauter des Haig-Rivalen Richard Allen, des Sicherheitsberaters im Weißen Haus.

Neumann war im Außenpolitischen Ausschuß des Senats über seinen Vorgesetzten hergezogen; das wurde Haig zugetragen, der Botschafter mußte gehen. Ihn trennen freilich auch politische Differenzen von Haig: Neumann, der einer jüdischen Wiener Familie entstammt, befürwortet bessere Beziehungen zu den Arabern.

Amerikas jüdische Organisationen hoffen mittlerweile auf eine Besserung des getrüben Verhältnisses der US-Regierung zu Begin. Präsident Reagan schätze Israel als „wichtigsten strategischen Alliierten der Vereinigten Staaten“, weiß etwa Howard Squadron, Chef der „Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations“, und „schließlich ist Israel anti-sowjetisch“.

Dieses Gütesiegel trägt freilich auch der Nahost-Politiker, der diese Woche die USA besucht: Anwar el-Sadat.

Nach Gesprächen mit Reagan will er nächsten Sonntag in Plains (Georgia) ein sentimentales Wiedersehen feiern — mit Jimmy Carter, der, wäre er Präsident geblieben, gern mit dem Ägypter weitergearbeitet hätte.

## US-WIRTSCHAFT

### Rose ohne Blüte

**Amerikas Exporteure leiden unter dem starken Dollar.**

**W**ütend fuhr der Volksvertreter aus Texas den ihm gegenüber sitzenden Notenbankpräsidenten an. „Sie haben den Zins-Wucher legalisiert, daß es alle vorstellbaren Grenzen sprengt“, beschimpfte Demokrat Henry B. Gonzales in einer Ausschußsitzung des Washingtoner Repräsentantenhauses den Chef der Zentralbank, Paul A. Volcker.

Die Vorstellungskraft des Abgeordneten reicht nicht hin, Zinsen von über 20 Prozent als Heilmittel für die amerikanische Wirtschaft anzusehen. Und wie Gonzales beehrten in den vergangenen Wochen Parlamentarier und Unternehmer in den USA gegen die Hochzinspolitik ihrer Zentralbank auf.

Es sind ähnliche Klagen, wie sie die Europäer auf dem Ottawa-Gipfel US-Präsident Ronald Reagan ergebnislos vortrugen. „Ich frage mich“, wettete

etwa der republikanische Abgeordnete George V. Hansen aus Idaho, „ob unser Land nicht völlig zugrunde gerichtet wird.“ Auch Holz-Großhändler Galen C. Weaver aus Lebanon in Pennsylvania fürchtet, daß die stramme Geldpolitik Volckers „uns den Garaus macht“.

Für knapp die Hälfte seiner Belegschaft hat der Holzkaufmann nach eigener Aussage schon bald keine Arbeit mehr. Weavers Firma ist sehr stark auf den Export von Möbelholz ausgerichtet, und der sackt zur Zeit drastisch ab.

Merkliche Einbußen im Auslandsgeschäft haben auch viele andere US-Unternehmen wie Aluminiumfabriken und Stahlwerke, Textilfirmen und Büromaschinenhersteller hinzunehmen. Jeans-Fabrikant Levi-Strauss beispielsweise setzte in den ersten drei Monaten 1981 auf dem Europa-Markt 20 Prozent weniger um als im gleichen Quartal des Jahres zuvor.

Als Sündenbock für die schlechten Exportgeschäfte haben die US-Unternehmen Zentralbankchef Volcker ausgemacht. Im Kampf gegen zweistellige Inflationsraten trieb Washingtons ranghöchster Währungswächter die US-Zinsen so hoch, daß Anleger aus aller Welt ihr Geld auf Dollar-Konten schaufelten.

Der Kurs der begehrten US-Währung stieg und stieg. Und da sich mit jedem neuen Dollar-Schub an den Devisenbörsen zugleich auch die Produkte amerikanischer Hersteller auf den Weltmärkten verteuerten, fiel es den US-Firmen zunehmend schwerer, sich gegen japanische, bundesdeutsche oder andere Konkurrenten zu behaupten.

„Wenn die Nachfrage gering und die Konkurrenz am Ort stark ist“, beobachtete etwa Vertriebsmanager Michael



**Notenbankchef Volcker**  
Zins-Wucher bagatellisiert?